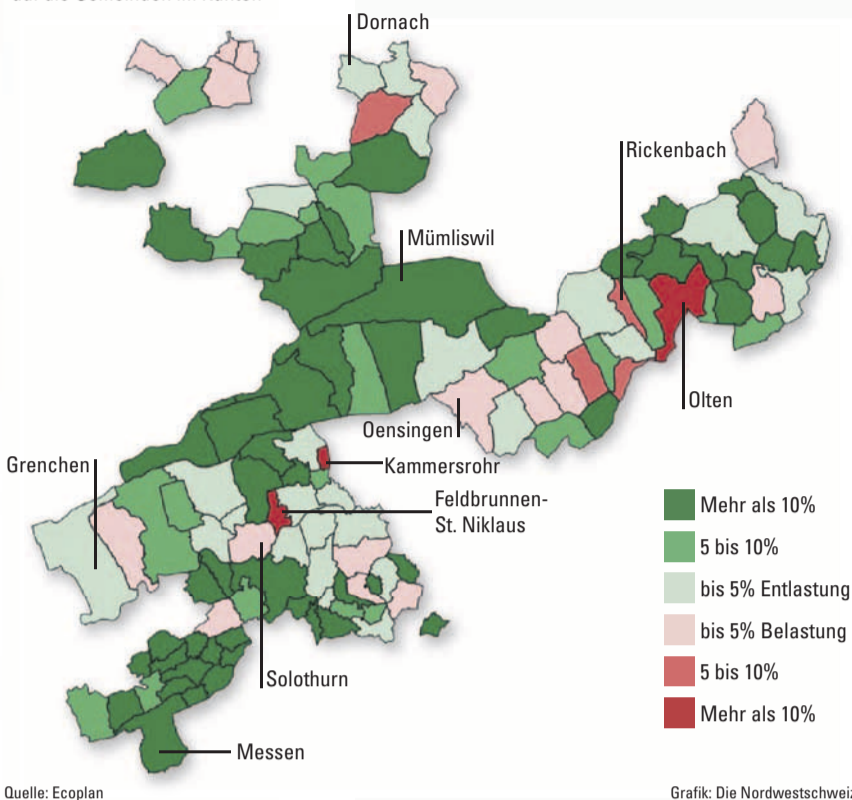


**Die Reichen  
z.B. Feldbrunnen**



**Ent- und Belastung in Prozent des Staatssteueraufkommens**

Modellrechnung im Vergleich zum Jahr 2010: Auswirkungen der mittleren von drei Varianten auf die Gemeinden im Kanton



Quelle: Ecoplan

Grafik: Die Nordwestschweiz

**Die Armen  
z.B. Gänsbrunnen**



# Der Kantonsrat ist reif für den Systemwechsel

**Neuer Finanzausgleich** Rückweisungsantrag der SVP scheidet mit 75:18 Stimmen – im Rat ist die Vorlage mehrheitsfähig

VON CHRISTIAN VON ARX

Nach vielen Jahren Vorarbeit will der Kantonsrat jetzt Ernst machen mit dem grossen Systemwechsel beim Finanzausgleich der Einwohnergemeinden. Nachdem gestern 75 von 96 anwesenden Ratsmitgliedern eine Rückweisung an die Regierung abgelehnt haben (siehe Kasten), dürfte heute Mittwoch eine ähnlich klare Mehrheit der zwischen Kanton und Einwohnergemeindeverband ausgehandelten grossen Reform unter dem Kürzel NFA SO zustimmen.

Durchaus reell bleibt die Möglichkeit eines Referendums. Mit Widerstand ist von drei Seiten zu rechnen: Von der SVP; vom Netzwerk der kleinen und mittleren Gemeinden (kmg SO, vgl. gestrige Ausgabe); und von einzelnen finanzstarken «Nettozahlergemeinden», die nun höhere Beitragspflichten und Steuererhöhungen befürchten. Angesichts dieser heterogenen Gegnerschaft wäre der Ausgang einer Volksabstimmung – trotz der für heute Mittwoch erwarteten klaren Zustimmung im Kantonsrat – absolut offen.

«Auch ohne Alpiq-Steuern stabil» In der Eintretensdebatte erfuhr der neue Finanzausgleich viel Zustimmung: Sowohl die Sozial- und Gesundheitskommission (Sogeko) als auch die Finanzkommission (Fiko) waren dafür, aber auch die Bildungs- und Kulturkommission (Bikuko), welche die Vorlage wegen des vorgesehenen Wechsels von der heutigen Lehrbesoldungssubvention zu den neuen Schülerpauschalen ebenfalls diskutiert hatte.

Sogeko-Sprecher Kuno Tschumi (FDP, Derendingen) erklärte, das NFA-System würde auch einen Ausfall der Alpiq-Steuern über längere Zeit aushalten: «Olten müsste dann weniger zahlen, bliebe aber Gebergemeinde.» Mittelfristig erwartet Tschumi vom NFA eine Wanderung der Gemeindesteuerfüsse Richtung Durchschnitt; wobei eine allzu starke Angleichung nicht erwünscht sei.

Von den fünf Fraktionen sprachen sich SP, Grüne, FDP sowie CVP/EVP/

GLP/BDP für die Vorlage aus. Sie sei einfacher und transparenter als der heutige Finanzausgleich, hiess es. Christian Thalmann (FDP, Breitenbach) verspricht sich einen «Ausgleich auf vernünftigem Niveau». Solidarität unter den Gemeinden habe Tradition und sei gerechtfertigt, denn: «Finanzielle Schwäche ist nicht selbstverschuldet», so Thalmann.

Dass sich der Kanton weiterhin finanziell beteiligen soll, blieb unstritten. Der Kantonsrat werde die Beiträge des Kantons jedes Jahr demokratisch festlegen, unterstrich Susanne Schaffner (SP, Olten). Ihren Rückweisungsantrag verband SVP-Sprecherin Colette Adam (Derendingen) mit der Forderung nach Überarbeitung in drei Punkten: «Es fehlen Anreize, von einer Nehmer- zu einer Gebergemeinde zu werden: Wer sich verbessert, muss belohnt, wer sich nicht anstrengt, muss sanktioniert werden.» Zweitens brauche es eine gesetzliche Deckelung der

Beiträge des Kantons, «sonst wird das zum Fass ohne Boden». Und über die Kostenentwicklung für den Kanton brauche es einen jährlichen Bericht.

**Furcht vor Steuerflucht**

«Wir müssten unseren Steuerfuss auf 80 bis 90 Prozent erhöhen», erklärte Anita Panzer (FDP), Gemeindepräsidentin der steuerstärksten Gemeinde Feldbrunnen (Steuerfuss aktuell 60 Prozent). «Das wäre für uns nicht verkraftbar.» Auf das Gelächter im Saal gab Panzer zu bedenken: «Unsere besten Steuerzahler werden sehr sensibel reagieren – wenn sie den Kanton verlassen, haben wir alle verloren.» Peter Schafer (SP), Stadtrat von Olten, befürchtete den Auszug von Firmen aus Stadt und Kanton, weil Olten mit dem NFA mindestens 6 Mio. Franken mehr einzahlen und seine Steuern um (weitere) 8 bis 9 Prozentpunkte erhöhen müsste.

Regierungsrätin Esther Gassler gab der SVP zu bedenken, die Möglichkeiten, von einer Nehmer- zu einer Gebergemeinde zu werden, seien sehr beschränkt. Gegenüber den steuerstarken Gemeinden zeigte sie

**Fahrplan für die NFA SO**

Der Kantonsrat ist gestern auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA SO) eingetreten. Einen **Rückweisungsantrag der SVP hat er mit 75:18 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.** Heute Mittwoch folgen Detailberatung und Schlussabstimmung. Für ein Referendum braucht es 1500 Stimmberechtigte oder 5 Einwohnergemeinden. Stimmt der Kantonsrat mit weniger als zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder zu, ist die Volksabstimmung obligatorisch. Der Regierungsrat will die NFA SO **auf den 1. Januar 2016 in Kraft** setzen. (CVA)

Verständnis, dass es schmerze, wenn man künftig mehr abgeben müsse. Aber deren Klagen hielt Gassler die Aussage von Gery Meier, Präsident der stark betroffenen Gemeinde Däniken, entgegen: «Wir haben etwas – dass wir jetzt etwas geben müssen, ist nicht mehr als recht.»

## Solothurn erbt Veranlagungsbehörde Grenchen

**Veto abgelehnt** Die Regierung kann die Veranlagungsbehörde Grenchen nach Solothurn verlegen. Ein Veto hat der Kantonsrat mit 61:27 Stimmen abgelehnt, bei 10 Enthaltungen.

Fünf regionale Veranlagungsbehörden gibt es im Kanton: Grenchen, Solothurn, Thal-Gäu (in Balsthal), Olten-Gösgen (in Olten) und Dorneck-Thierstein (in Dornach). Diejenige in Grenchen ist für Grenchen, Bettlach und Selzach (zusammen 25000 Einwohner) zuständig und besteht aus 11 Vollzeitpensern.

Mit einer Änderung der Steuerverordnung Nr. 1 hat der Regierungsrat beschlossen, den Standort Grenchen aufzuheben und diese Veranlagungsbehörde in diejenige in Solothurn zu integrieren. Damit will er jährlich 300000 Franken sparen. Es handelt sich um eine Massnahme des Massnahmenplans 2014.

Dagegen hatten 25 Mitglieder des Kantonsrats das Veto ergriffen. Davon stammen 9 aus den betroffenen drei Gemeinden, aber 10 aus Thal-Gäu. Denn der Regierungsrat hat die

Absicht, auch die Veranlagungsbehörde Thal-Gäu nach Olten zu verlegen; doch ist diese Massnahme «vorläufig sistiert», weil sich derzeit keine Raumkosten sparen liessen. Die Veto-Unterzeichner gehören allen im Kantonsrat vertretenen Parteien ausser Grünen und EVP an, der Hauptharst kommt aus FDP und CVP.

**Warum nicht nach Grenchen?**

Für Erstunterzeichner Alexander Kohli (FDP, Grenchen) war nicht einsichtig, warum Zentralisierung immer bedeute, dass etwas nach Solothurn verlegt werde: «Der Weg von Solothurn nach Grenchen ist genau gleich lang wie umgekehrt.»

Dass sich Grenchen wehre, sei nachvollziehbar, es gehe um Arbeitsplätze, meinte Evelyn Borer (SP, Dornach). Doch die Begründung für das Veto sei dünn. Fazit: Die SP-Fraktion sei gespalten. Die andern vier Fraktionen lehnten das Veto mehrheitlich ab. «Der Gang auf diese Behörde ist heute kaum mehr nötig», meinte Beat Blaser (SVP, Gerlafingen), und

wenn schon: «Grenchen-Solothurn, das sind doch keine Distanzen.» Stephan Baschung (CVP, Gerlafingen) hatte kein Verständnis für das Argument der Bürgernähe und gab den Grenchnern zu bedenken: «Die Bequemlichkeit einer «eigenen» Veranlagungsbehörde hatten Wasseramt und Bucheggberg nie: Für uns war sie immer in Solothurn.»

Die Grünen fanden die Zusammenlegung zeitgemäss. «Für das betroffene Personal ist der Wechsel des Arbeitsplatzes lästig, aber zumutbar», meinte Barbara Wyss (Solothurn). An der kulturellen und regionalen Vielfalt des Kantons werde damit nicht gekratzt. Staatspolitische Argumente dürften nicht kurzfristigen Sparübungen zum Opfer fallen, anerkannte Hans Büttiker (Dornach). Doch die FDP habe dem Massnahmenplan 2014 einstimmig zugestimmt – «jetzt darf man nicht beim leisesten Gegenwind umkippen». Das Veto wäre ein Präjudiz für die Zukunft, meinte Büttiker: «Es würde weitere Optimierungen blockieren.»

**«Grenchen-Solothurn, das sind doch keine Distanzen.»**

Beat Blaser (SVP, Gerlafingen)

**Nachrichten**

**Urs Unterlerchner folgt auf Yves Derendinger**

Als Nachfolger des zum Amtsgerichtspräsidenten von Solothurn-Lebern gewählten Yves Derendinger (FDP, Solothurn) legte gestern der 33-jährige Chemielaborant und Jurist Urs Unterlerchner das Amtsgelübde vor Kantonsratspräsident Peter Brotschi ab. Der neue Kantonsrat präsidiert die FDP der Stadt Solothurn und ist Vorsitzender der Geschäftsleitung der Herbstmesse Solothurn (Heso). (CVA)



**Hans Roth (Breitenbach) verstorben**

In einer Schweigeminute gedenkt der Kantonsrat seines früheren Mitglieds Hans Roth (Breitenbach). Der Landwirt gehörte dem Kantonsparlament von 1973 bis 1985 als Vertreter der CVP Thierstein an und ist im Januar im 87. Altersjahr verstorben. (CVA)